



Schwarz-Gelb ohne Zukunft

Die Bundesregierung spielt mit der Zukunft von Bürgern, Ländern und Kommunen

von Manfred Nink

Die neue Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP kommt Deutschland teuer zu stehen. Die vermeintlichen Partner streiten über Ziele, Mittel und Wege ihrer Politik. Wie groß wird die angekündigte Steuerreform wirklich? Wie viel Entsolidarisierung trägt das Gesundheitssystem? Soll es eine PKW-Maut geben? Und so weiter. In ihrer Regierungserklärung vom 10. November haben die Bundeskanzlerin und ihre Ministerinnen und Minister den Irrweg vorgezeichnet und unbequeme Wahrheiten verschwiegen.

Die Wirtschaftskrise ist allgegenwärtig. Nur im Kanzleramt und in den Bundesministerien scheint sie noch nicht angekommen zu sein. Union und FDP wollen trotz der enormen - auch krisenbedingten - Belastung der öffentlichen Haushalte in den kommenden Jahren massiv die Steuern senken.

„Steuern runter, Wachstum und Staatseinnahmen rauf!“, lautet die volkswirtschaftlich irrsinnige Annahme. Klar ist nur, dass die Schulden für die zukünftigen Generationen rasant in die Höhe schnellen werden. Steuersenkungen auf Pump sind in höchstem Maße verantwortungslos. Die Mindereinnahmen werden Haushaltsspielräume in

Bund, Ländern und Gemeinden knapper werden lassen - nicht nur im Hinblick auf die bereits beschlossene Schuldenbremse.

Der Koalitionsvertrag lässt dabei folgende Schätzungen zu. Ein versprochenes Sofortprogramm (u.a. Entlastungen bei der Unternehmensbesteuerung und bei der Erb-

wertsteuersatzes für Beherbergungsleistungen im Hotel- und Gaststättengewerbe bedeutet weitere 0,45 Mrd. Euro weniger für den Bund und 0,45 Mrd. Euro weniger für die Länder.

Doch damit nicht genug. Weitere Reformvorhaben sollen ab Januar 2011 mit weiteren Milliarden



Papier mit Lücken: Der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag bedarf der Kommentierung.

schaftssteuer) wird ab dem 1. Januar 2010 schätzungsweise jährlich Mindereinnahmen von 4,3 Mrd. Euro für den Bund, 2,6 Mrd. Euro für die Länder und 0,5 Mrd. Euro für die Gemeinden mit sich bringen. Eine geplante Absenkung des Mehr-

Mindereinnahmen zu Buche schlagen. Nach Berechnungen der SPD werden den Ländern ab 2011 jährlich etwa 10,1 Mrd. Euro und den Gemeinden 6,0 Mrd. Euro in den Haushalten fehlen.

Fortsetzung auf Seite 2

2 | Die Bundespolitik

Inhalt

Schwarz-Gelb ohne Zukunft	1
Alles auf die Straße?	2
Arbeitsplatz Paul-Löbe-Haus	3
SPD ist Mitgliederpartei	4
Seit dem letzten Spreebrief	4
Kontakt	4

Schwarz-Gelb ohne Zukunft

Fortsetzung von Seite 1

Kommunal- und Landespolitikerinnen und -politiker werden ihrer Entscheidungsspielräume beraubt. Und auch die Bürgerinnen und Bürger werden diese Politik hautnah zu spüren bekommen. Höhere Kita-Beiträge, weniger Geld für Ganztagschulen und Betreuungseinrichtungen, weniger Geld für Erzieherinnen und Erzieher und weniger Jugendsozialarbeit werden die Folge sein, um nur wenige Beispiele zu nennen. Hier setzt Schwarz-Gelb die Prioritäten falsch. Kindergelderhöhung ist gut für viele Familien, aber finanzielle Mittel für den Ausbau von Betreuungsplätzen wären

noch wichtiger für die Kinder, Familien und Alleinerziehende.

Auch eine mögliche Abschaffung der Gewerbesteuer und die Umsatzbesteuerung kommunaler Betriebe sind noch nicht vom Koalitions-tisch und stellen für die Menschen weniger Leistungen, aber mehr Gebühren und Abgaben in Aussicht.

Steuersenkungen ohne Ideen einer seriösen Gegenfinanzierung, Schulden ohne Ende und massive Belastungen der öffentlichen Haushalte können sich nur sehr wenige Menschen in diesem Land leisten. Fatale Folgen für zukünftige Generationen sind vorprogrammiert.

Alles auf die Straße? / Schwarz-Gelbe Verkehrspolitik

Eine vernünftige Verkehrspolitik sichert bezahlbare Mobilität der Bürgerinnen und Bürger, hat Konzepte für die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur und sorgt für eine umweltschonende Integration verschiedener Verkehrsträger mit dem Ziel der Entlastung der Straßen. Union und FDP sehen das in ihrem Koalitionsvertrag erschreckenderweise ganz anders.

Eine verkehrsträgerübergreifende und damit integrierte Verkehrspolitik wird zu Lasten einer klaren Schwerpunktsetzung für den Straßenverkehr aufgegeben. Union und FDP wollen sogenannte „verkehrsträgerbezogene Finanzkreisläufe“ stärken. Einfacher ausgedrückt: Die Erträge aus der LKW-Maut sollen nur noch in den Erhalt und Ausbau von Straßen fließen. Schienen und Wasserwege wären außen vor.

Ein Konzept für die zukünftige Finanzierung der Verkehrsinfra-



Straße bevorzugt: Schwarz-Gelb gibt integrierte Verkehrspolitik auf.

struktur hat die Regierung bislang noch nicht vorgelegt. Einzig der Vorschlag, eine sozial ungerechte PKW-Maut einzuführen, ist während der Verhandlungen durchgesickert, wurde im Vertrag jedoch nicht mehr erwähnt. Von der Tagesordnung ist sie damit allerdings noch lange nicht.

Eine Aussage, ob die LKW-Maut auf Fahrzeuge mit einem Gewicht von unter zwölf Tonnen ausgeweitet werden soll, wird durch die Koalitionäre ebenfalls vermieden. Eine Erhöhung der bestehenden Maut wird

für diese Legislaturperiode ausgeschlossen.

Relativ sicher angesichts der versprochenen Steuersenkungen (siehe dazu auch den Beitrag „Schwarz-Gelb ohne Zukunft“) scheint, dass für den Lärmschutz und die Absenkung der Feinstaubbelastung kein Geld übrig sein dürfte. Ein konkretes Anzeichen dafür ist, dass die Absenkung der Sanierungsgrenzwerte beim Straßenlärm um fünf Dezibel aus Kostengründen wieder aus dem Koalitionsvertrag gestrichen wurde. *Manfred Nink*

Arbeitsplatz Paul-Löbe-Haus

In der Bundeshauptstadt sind die Abgeordneten nicht nur im Reichstag beschäftigt

Wenn über den Deutschen Bundestag berichtet wird, dann sind die Fernsteams und Fotografen meistens im Reichstag vor Ort. Das Bild des Plenarsaals mit seinen blauen Sitzen und dem Bundesadler an der Wand ist uns geläufig. Die meiste Arbeitszeit in Berlin verbringt der Abgeordnete jedoch nicht im Plenum im Reichstag, sondern in Besprechungen, in seinem Büro und in den Ausschusssitzungen im Parlamentsviertel.

Der Trierer SPD-Bundestagsabgeordnete Manfred Nink hat sein Berliner Büro im Paul-Löbe-Haus. Es ist nur unweit vom Reichstagsgebäude entfernt. Das Paul-Löbe-Haus bildet zusammen mit dem Kanzleramt und dem Marie-Elisabeth-Lüders-Haus das sogenannte „Band des Bundes“, das die ehemals getrennten Teile Berlins über die Spree hinweg verbindet. Der Haupteingang befindet sich gegenüber dem Kanzleramt und ist in fünf Minuten bequem zu Fuß vom Berliner Hauptbahnhof aus zu erreichen.

200 Meter ist das Haus lang, 102 Meter breit und acht Stockwerke hoch. Insgesamt fasst das Paul-Löbe-Haus etwa 1.000 Büros und 21 Sitzungssäle für die Ausschüsse des Bundestages. In ihnen erarbeiten und diskutieren die Abgeordneten unter anderem Gesetzesentwürfe und -vorhaben, führen Anhörungen durch und beraten Vorlagen aus den Ministerien. Hier wird der größte Teil der Arbeit des Bundestages geleistet. Insgesamt zählt der Bundestag in seiner 17. Wahlperiode 22 Ausschüsse. Die meisten sind dem Arbeitsbereich eines Bundesminis-



Kurze Wege: Paul-Löbe-Haus und Reichstag liegen nah beieinander und sind auch über einen unterirdischen Gang miteinander verbunden.

teriums zugeordnet. Manfred Nink ist Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sowie stellvertretendes Mitglied des Innenausschusses.

Neben der wichtigen und für das Parlament zentralen Ausschussarbeit finden noch zwei weitere Arbeitsbereiche des Bundestages im Paul-Löbe-Haus Platz: die Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bundesrates und die zentrale Besucherbetreuung. Transparenz und Offenheit soll das Gebäude auch durch seine Architektur symbolisieren. So können etwa die Abgeordnetenbüros in den fünf Seitenflügeln des Hauses von den Lichthöfen aus von jedem Bürger eingesehen werden. Verstecken wollen sich die Volksvertreter nicht.

Zur Person: Paul Löbe

Benannt wurde das Paul-Löbe-Haus nach dem letzten demokratisch gewählten Reichspräsidenten der Weimarer Republik. Der 1875 im schlesischen Liegnitz geborene Sozialdemokrat war 1919 Mitglied der verfassungsgebenden Nationalversammlung. 1920 wurde Löbe zum Präsidenten des Reichstages gewählt. 1933 wurde er von den Nationalsozialisten in sogenannte Schutzhaft genommen und elf Jahre später aufgrund seiner Verbindungen zum Widerstand erneut verhaftet. Nach dem zweiten Weltkrieg beteiligte sich Paul Löbe am Wiederaufbau der SPD. Er eröffnete als Alterspräsident die erste Sitzung des ersten Deutschen Bundestages. Am 3. August 1967 verstarb Paul Löbe in Bonn.

4 | Aus Partei und Fraktion

SPD ist Mitgliederpartei



Gut gelaunt: Der Parteitag in Dresden hat erste Schritte zur Erneuerung beschlossen.

Liebe Freundinnen und Freunde,

die SPD hat auf ihrem Bundesparteitag vom 13. bis 15. November in Dresden gut gearbeitet, das schlechte Bundestagswahlergebnis diskutiert, inhaltlich erste neue Akzente gesetzt und einen neuen Bundesvorstand gewählt.

Sigmar Gabriel wurde mit 94 Prozent der Stimmen zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Rund ein Viertel des Vorstandes wurde ausgetauscht. Für uns Rheinland-Pfälzer steht ihm zukünftig Andrea Nahles als Generalsekretärin zur Seite. Außerdem ist der Landesverband mit Doris Ahnen und Jochen Hartloff als Beisitzer im Bundesvorstand vertreten. Alle rheinland-pfälzischen Regionalverbände haben zukünftig somit einen eigenen Ansprechpartner.

Besonders froh bin ich über die konstruktive Art und Weise, wie in Dresden diskutiert wurde. Der beschlossene Leitantrag und die Forderung nach der Wiedereinführung der Vermögenssteuer sind Beweise dafür. Die mit dem Antrag beschlossene „Werkstatt Mitgliederpartei“

kann eine große Chance sein, unsere Partei wieder fit zu machen. Die Stärkung der innerparteilichen Demokratie und Transparenz, die Rolle der Arbeitsgemeinschaften, die Verzahnung der kommunalen, der Landes- und der Bundesebene, die Möglichkeiten, die das Internet für eine Mitgliederpartei bietet, die Weiterentwicklung der innerparteilichen Bildungsarbeit und die Mitgliederentwicklung sind Diskussions Themen, die uns beschäftigen müssen.

Wenn der Parteivorstand Anfang nächsten Jahres einen Ablaufplan für den Diskussionsprozess zur Organisationspolitik vorgelegt hat, dann freue ich mich auf Eure rege Beteiligung und ein spannendes Jahr 2010.

Ich biete Euch bereits jetzt an, mit Euch über diese und andere Themen in den Ortsvereinen zu diskutieren. Meldet Euch, wir finden Termine!

Herzlichst,

Euer

Seit dem letzten Spreebrief

2. bis 8. November 2009

Parteiratssitzung mit Sigmar Gabriel und Gespräch der rheinland-pfälzischen Abgeordneten mit Ministerpräsident Kurt Beck in Mainz

Klausursitzung der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz

Verabschiedung des DB-Regionalbeauftragten in Saarbrücken und Verleihung des Innovationspreises der Handwerkskammern

Eröffnung des Solarkraftwerkes Kenn

Parteitag des SPD-Regionalverbandes Rheinland

9. bis 15. November 2009

Sitzungswoche im Bundestag

16. bis 22. November 2009

Vorlesetag in der Grundschule Kenn

„Neulinge-Treffen“ mit Frank-Walter Steinmeier und Konstituierung der Arbeitsgruppen der Bundestagsfraktion

Manfred Nink MdB

Büro Berlin:

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/22773317

Fax: 030/22776317

E-Mail: manfred.nink@bundestag.de

Büro Trier:

Christophstraße 1
54290 Trier

Telefon: 0651/9759940

Fax: 0651/44748

E-Mail: manfred.nink@wk.bundestag.de

www.manfred-nink.de